

Inhaltsübersicht

Einführung und Gang der Untersuchung	27
Teil 1: Funktionsbezogene Analyse richterlicher Unternehmenszielbestimmung	37
§ 1 Kernprobleme richterlicher Unternehmenszielbestimmung	37
§ 2 Debatte um das Unternehmensziel und Rolle der Rechtsprechung	56
§ 3 Richterliche Unternehmenszielbestimmung als Forschungsfeld	96
§ 4 Einblicke durch die Diskursteilnahme von Bundesrichtern	102
Zusammenfassung	109
Teil 2: Fallbezogene Analyse richterlicher Unternehmenszielbestimmung	113
§ 5 Richterliche Ausrichtung der Zweckförderungspflicht auf ein typisiertes Gewinnziel	115
§ 6 Die „Gemeinwohlrechtsprechung“ als Demonstrationsobjekt exklusiver Zweckbindung	168
§ 7 Spannungsfelder in der Spruchpraxis und Übertragbarkeit der „Gemeinwohlrechtsprechung“	190
Zusammenfassung	253
Teil 3: Problembezogene Analyse richterlicher Unternehmenszielbestimmung	257
§ 8 Abwesenheit eines Satisfizierungsziels	259
§ 9 Grenzen eines volitiven Geschäftsleiterermessens	269
§ 10 Bezugsrahmen eines kognitiven Geschäftsleiterermessens	276
§ 11 Maßgeblicher Prognosezeitraum	282
§ 12 Maßgebliche Risikopräferenzen	289
Zusammenfassung	298

Inhaltsübersicht

Teil 4: Zusammenführung der Analysenergebnisse	301
§ 13 Richterliche Unternehmenszielbestimmung als Katalysator eines Theorienstreits	301
§ 14 Das typisierte Gewinnziel als Fixpunkt richterlicher Unternehmenszielbestimmung	304
§ 15 Richterliche Unternehmenszielbestimmung als Waagschale ökologischer, sozialer und ökonomischer Interdependenzen	306
Thesen	309

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Inhaltsübersicht	8
Abkürzungsverzeichnis	19
Einführung und Gang der Untersuchung	27
Teil 1: Funktionsbezogene Analyse richterlicher Unternehmenszielbestimmung	37
§ 1 Kernprobleme richterlicher Unternehmenszielbestimmung	37
A. Förderung von Nichtaktionärsinteressen abseits marktlicher, gesetzlicher und satzungsmäßiger Vorgaben	37
B. „Rechtliches Dürfen“ und Quantifizierungsprobleme als Kristallisationspunkte der Debatte	40
I. Grundzüge der Debatte	40
II. Interessenmonismus-/pluralismus und Gesellschafts-/ Unternehmensinteresse	43
III. (Enlightened) Shareholder-Ansatz/Stakeholder-Ansatz	44
IV. Corporate Purpose	46
V. Zwischenergebnis	46
C. Rechtsprechung als Schlüsselfigur der Unternehmenszielbestimmung	46
D. Win-Win-Illusion, Allmendeprobleme und Delaware-Effekt unter dem Einfluss von Richtern	48
E. Zwischenergebnis	55
§ 2 Debatte um das Unternehmensziel und Rolle der Rechtsprechung	56
A. Deutschland: Zur Dogmengeschichte und der erstarkenden Rolle der Rechtsprechung	56
I. Frühe Entwicklung, die Lehre vom „Unternehmen an sich“ und die Gemeinwohlklausel des § 70 AktG 1937	56
II. Wegfall der Gemeinwohlklausel im AktG 1965	59
	11

III. Art. 14 Abs. 2 GG und MitbestG 1976 als „neue“ Anknüpfungspunkte	60
IV. Aufleben des Shareholder-Value-Gedankens ab den 1990er-Jahren	63
V. Finanzkrise ab 2007 und Erstarken des ESG-Gedankens	67
VI. Versuche der gesetzlichen Konkretisierung von Unternehmenszielen in jüngerer Vergangenheit	74
B. Frankreich: Zu kontinentaleuropäischen Parallelen und der Kodifizierung von Unternehmenszielen	77
I. Théorie contractuelle, théorie institutionelle und intérêt social (Entwicklung im 20. Jahrhundert)	78
II. Das Loi PACTE von 2019	79
C. UK: Zur Initiatorenrolle der Rechtsprechung und vermittelnden Ansätzen der Unternehmenszielbestimmung	81
I. Hutton v. West Cork Railway Co. (1883) und das traditionelle Verständnis des Shareholder-Value-Ansatzes	81
II. Section 172 Companies Act 2006 und der enlightened Shareholder-Value-Ansatz	82
D. USA: Zur Ökonomik und der Moderatorenrolle der Rechtsprechung	83
I. Frühe Entwicklung und Dodge v. Ford Motor Co. (1919)	83
II. Die Berle/Dodd-Debatte ab den 1930er-Jahren	84
III. Diskussion um Corporate Social Responsibility und weitere Entwicklung ab den 1970er-Jahren	85
IV. Die Übernahmerechtsprechung ab den 1980er-Jahren	88
V. Die Einführung von other constituency statutes (überwiegend 1990er-Jahre) und weitere Entwicklungen	89
VI. Die Einführung von benefit corporations (ab 2010) und die Erklärung des Business Roundtable (2019)	90
VII. Resilienz des Shareholder-Value-Ansatzes in jüngerer Literatur und Rechtsprechung	92
E. Zwischenergebnis	95

§ 3	Richterliche Unternehmenszielbestimmung als Forschungsfeld	96
A.	Pluralität der Spruchkörper und der gesetzlichen Anknüpfungspunkte	96
B.	Fehlen einer klaren Definition des Unternehmensziels in der Rechtsprechung	98
C.	Synonyme Verwendung interessenmonistisch und -pluralistisch vorgeprägter Termini durch die Gerichte	99
D.	Nichtöffentlichkeit der Urteilsfindung	100
E.	Zwischenergebnis	101
§ 4	Einblicke durch die Diskursteilnahme von Bundesrichtern	102
A.	<i>Volker Röhricht</i> (Mitglied II. ZS 1986-2005, Vorsitz ab 1996)	102
B.	<i>Hartwig Henze</i> (Mitglied II. ZS 1986-2003)	103
C.	<i>Wulf H. Goette</i> (Mitglied II. ZS 1990-2010, Vorsitz ab 2005)	105
D.	<i>Lutz Strohn</i> (Mitglied II. ZS 2003-2017)	106
E.	<i>Alfred Bergmann</i> (Mitglied II. ZS 2010-2017, Vorsitz ab 2010)	107
F.	Zwischenergebnis	108
	Zusammenfassung	109
	Teil 2: Fallbezogene Analyse richterlicher Unternehmenszielbestimmung	113
§ 5	Richterliche Ausrichtung der Zweckförderungspflicht auf ein typisiertes Gewinnziel	115
A.	Haftungsfreiraum und Haftungsdurchsetzung (ARAG/Garmenbeck)	115
I.	Zum Sachverhalt	116
II.	Haftungsfreiraum des Vorstands	116
1.	Merkmale des Haftungsfreiraums	116
2.	Vertikaler Interessenkonflikt und horizontale Interessenkonflikte	120
a)	Konflikt zwischen handelndem Organwalter und typisiertem Gewinnziel (vertikal)	120
b)	Konflikte zwischen verschiedenen Bezugsgruppen auf gleicher Ebene (horizontal)	123
3.	Konzentration des Haftungsfreiraums auf den vertikalen Konflikt	125
a)	Ausreichende Informationsgewinnung	126

b) Ausschließliche Ausrichtung am Unternehmenswohl	128
c) Verantwortungsbewusstsein	132
d) Keine deutliche Überschreitung der Grenzen	133
e) Keine Überspannung der Risikobereitschaft	133
f) Keine Pflichtwidrigkeit aus anderen Gründen	134
4. Zwischenergebnis	135
III. Haftungsdurchsetzung durch den Aufsichtsrat	137
1. Pflicht zur Haftungsdurchsetzung	138
2. Im Fall angelegte Interessenkonflikte	138
3. Pflichtenkonzentration auf den vertikalen Konflikt	140
B. Untreue bei Anerkennungsprämien (Mannesmann)	144
I. Zum Sachverhalt	145
II. Aufgestellte Verhaltenspflichten	145
III. Im Fall angelegte Interessenkonflikte	146
IV. Pflichtenkonzentration auf den vertikalen Konflikt	148
C. Verhältnis zwischen Straf- und Zivilrecht (u.a. HSH Nordbank)	154
I. Vollständige Zivilrechtsakzessorietät der Untreue	155
II. Bisher keine Vorlage bei den Vereinigten Großen Senaten	159
D. Verhältnis zwischen Zweckförderungspflicht und Compliance-Pflichten (Siemens/Neubürger)	160
I. Verbot wirtschaftlich nützlicher Gesetzesverletzungen	161
II. Abgrenzungsfragen im Rahmen eines Auswahlermessens	163
E. Zwischenergebnis	167
§ 6 Die „Gemeinwohlrechtsprechung“ als Demonstrationsobjekt exklusiver Zweckbindung	168
A. Untreue bei Spendenvergaben (SSV Reutlingen)	169
I. Zum Sachverhalt	169
II. Aufgestellte Verhaltenspflichten	170
III. Im Fall angelegte Interessenkonflikte	171
IV. Pflichtenkonzentration auf den vertikalen Konflikt	173
B. Haftung bei sozialen Aktivitäten (Schloss Eller)	179
I. Zum Sachverhalt	180
II. Aufgestellte Verhaltenspflichten	180
III. Im Fall angelegte Interessenkonflikte	182

IV. Pflichtenkonzentration auf den vertikalen Konflikt	183
C. Implikationen: Keine Befugnis zu Gemeinwohlförderung abseits marktlicher, gesetzlicher und satzungsmäßiger Vorgaben	188
D. A maiore ad minus: Keine Verpflichtung zu Gemeinwohlförderung abseits marktlicher, gesetzlicher und satzungsmäßiger Vorgaben	189
§ 7 Spannungsfelder in der Spruchpraxis und Übertragbarkeit der „Gemeinwohltrechtsprechung“	190
A. Umweltbelange	190
I. Umweltbelange in der Unternehmensführung	190
II. Klimaklagen (u.a. Shell, RWE, BMW, Mercedes Benz, VW)	194
III. Übertragbarkeit der „Gemeinwohltrechtsprechung“	198
IV. Zwischenergebnis	200
B. Menschenrechte	201
I. Menschenrechte in der Unternehmensführung	201
II. Menschenrechtsklagen (KiK)	203
III. Übertragbarkeit der „Gemeinwohltrechtsprechung“	205
IV. Zwischenergebnis	207
C. Arbeitnehmerinteressen	208
I. Arbeitnehmerinteressen in der Unternehmensführung	208
II. Arbeitnehmermitbestimmung (u.a. Mitbestimmungsurteil, WMF)	210
III. Übertragbarkeit der „Gemeinwohltrechtsprechung“	213
IV. Zwischenergebnis	216
D. Gläubigerinteressen	217
I. Gläubigerinteressen in der Unternehmensführung	217
II. Insolvenz (u.a. BGHZ 218, 290)	220
III. Abseits der Insolvenz (NJW 1980, 1629, Kinowelt)	222
IV. Übertragbarkeit der „Gemeinwohltrechtsprechung“	227
V. Zwischenergebnis	229
E. Partikularinteressen von Aktionären	230
I. Partikularinteressen von Aktionären in der Unternehmensführung	230

II. Sachliche Rechtfertigung von Hauptversammlungsbeschlüssen (u.a. Kali+Salz, Siemens/Nold)	232
III. Zwischenergebnis	238
F. Konzerninteresse	239
I. Das Konzerninteresse in der Unternehmensführung	239
II. Doppelmandate bei Konzerngesellschaften (Gruner + Jahr)	243
III. Öffentliche Hand als herrschendes Unternehmen (VEBA/Gelsenberg, VW/Niedersachsen)	246
IV. Unternehmensbegriff im Kartellrecht (u.a. Höfner u. Elser)	250
V. Zwischenergebnis	251
Zusammenfassung	253
Teil 3: Problembezogene Analyse richterlicher Unternehmenszielbestimmung	257
§ 8 Abwesenheit eines Satisfizierungsziels	259
A. Explizite Ablehnung eines Satisfizierungsziels durch die Rechtsprechung	259
B. Widerspruch eines Satisfizierungsziels mit der richterlichen Betonung treuhänderähnlicher Pflichten	261
I. Treuhänderähnliche Stellung von Vorstand und Aufsichtsrat	261
II. Die Aktiengesellschaft als Treugeberin	264
III. Implikationen mit Blick auf ein Satisfizierungsziel	265
C. Zwischenergebnis	268
§ 9 Grenzen eines volitiven Geschäftsleiterermessens	269
A. Richterliche Abwägungskriterien als möglicher Beleg volitiven Ermessens	269
B. Begrenzung volitiven Ermessens durch das Präzisierungsgebot der Rechtsprechung	273
C. Zwischenergebnis	275
§ 10 Bezugsrahmen eines kognitiven Geschäftsleiterermessens	276
A. Quantifizierungsprobleme als richterliche Herausforderung	276

B. Richterliche Abwägungskriterien als Ausdruck eines kognitiven Ermessens	277
I. Spezifische Quantifizierungsprobleme indirekter Vorteile	277
II. Leitplanken empirisch-ökonomischer Beurteilung indirekter Vorteile	280
III. Negative Operationalisierung indirekter Vorteile	281
C. Zwischenergebnis	281
§ 11 Maßgeblicher Prognosezeitraum	282
A. Unbegrenzte Lebenszeit normtypischer Aktiengesellschaften	282
B. Wirtschaftswissenschaftliche Konzepte zur Handhabung eines unbegrenzten Prognosezeitraums	284
C. Durchmusterung der Rechtsprechung nach Lösungsansätzen	286
D. Zwischenergebnis	288
§ 12 Maßgebliche Risikopräferenzen	289
A. Risikofragen als besondere Ausprägung des Quantifizierungsproblems	289
B. Wirtschaftswissenschaftliche Konzepte zur Messung und zum Management von Risiken	290
C. Durchmusterung der Rechtsprechung nach Lösungsansätzen	293
D. Zwischenergebnis	297
Zusammenfassung	298
Teil 4: Zusammenführung der Analysenergebnisse	301
§ 13 Richterliche Unternehmenszielbestimmung als Katalysator eines Theorienstreits	301
§ 14 Das typisierte Gewinnziel als Fixpunkt richterlicher Unternehmenszielbestimmung	304
§ 15 Richterliche Unternehmenszielbestimmung als Waagschale ökologischer, sozialer und ökonomischer Interdependenzen	306

Inhaltsverzeichnis

Thesen	309
Literaturverzeichnis	313
Rechtsprechungsverzeichnis	335
Sachregister	339